déi Lénk

18e Congrès ordinaire
26 septembre 2021

Tagesresolution 01
Nationale Koordination

Tagesresolution der Nationalen Koordination für den 18. Kongress

Der 18. Kongress von déi Lénk stellt fest, dass die 3 Regierungsparteien und die CSV in ihrer kapitalistischen Fixiertheit zu vielen entscheidenden Fragen keine strategischen Lösungen anzubieten haben. Die objektive Entwicklung unserer Lebensverhältnisse (Klimakrise, wachsende soziale Ungleichheiten, Wohnungskrise, gesundheitliche Herausforderungen, Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisses ...) sind durch die überlieferten Rezepte des Regierens nicht zu lösen. Mehr denn je ist deswegen heute eine grundsätzliche politische Transformation erforderlich. Dazu bedarf es der progressiven sozialen und ökologischen Bewegungen, der gewerkschaftlichen Kämpfe, der vielfältigen Proteste und Mobilisierungen. Anders sind grundsätzliche politische Veränderungen nicht durchzusetzen.

1. Demokratie

Der Kongress

- begrüßt die Absicht, noch vor den nächsten Gemeindewahlen den Zugang der ausländischen BürgerInnen zu diesen Wahlen zu erleichtern und bekräftigt erneut die Forderung, das Wahlrecht für anwohnende Nicht-LuxemburgerInnen weiter auszuweiten und zu vertiefen, gerade auch in Bezug auf die Wahlen zur nationalen Abgeordnetenkammer;
- erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass die Abgeordnetenkammer auch weiterhin nur von etwa der Hälfte der Einwohner gewählt wird und von weit weniger als der Hälfte der Werktätigen;
- fordert zu einer Verbesserung der demokratischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf, die beispielsweise von Entscheidungen zum Klima besonders betroffen sind.

2. Ökologie

Der Kongress

- zeigt sich besorgt über die Feststellungen des letzten Berichts der internationalen Klimaexperten (GIEC group 1) vom 9. August, dass die Fortschritte bei der CO^2-Reduzierung radikal ungenügend sind;
- stellt fest, dass, obwohl Luxemburgs ökologischer Fußabdruck bereits im Februar eines jeden Jahres die Grenze der Nachhaltigkeit überschreitet, in diesem Punkt keinerlei Besserung festzustellen ist, und dass dies das Scheitern der bisherigen Umweltpolitik beweist;

- verurteilt das im Kapitalismus ebenso grenzen- wie alternativlose Streben nach persönlichem Profit als Grundursache für den mangelnden Fortschritt im Kampf gegen den Klimawandel;
- beobachtet, dass eine Überwindung der Klimakrise deswegen jetzt schon eine Überwindung der kapitalistischen Logik verlangt;
- betont, dass die ökologische Transformation unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsform unbedingt mit einer sozialen Transformation verwoben sein muss, vom Schutz von Arbeitsplätzen bis hin zur Unterstützung einkommensschwacher Haushalte bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, wie etwa Häusersanierungen;
- erinnert in diesem Sinne an das bereits von Arbeitsgruppen von déi Lénk formulierte Konzept zur Finanzierung und Unterstützung der Isolierung von Mietwohnungen und selbst bewohnten Eigentumswohnungen;
- betont, dass die Kosten der ökosozialistischen Transformation der Gesellschaft und Wirtschaft vor allen von den Hauptverschmutzern und Großprofiteuren als Hauptverantwortlichen der ökologischen und sozialen Krise zu tragen sind;
- beauftragt die Gremien von déi Lénk mit der Ausarbeitung eines energiepolitischen Programms, das den ökologischen Erfordernissen Rechnung trägt und zugleich die demokratische Teilhabe und das Recht auf bezahlbare erneuerbare Energie für alle Haushalte berücksichtigt.

3. <u>Wohnen</u>

Der Kongress

- ist entrüstet über das selbstgefällige Gelaber zur nationalen Wohnungspolitik der Regierung, die in allen Aspekten gescheitert ist und in ihrer Anbiederung an die Immobilienfürsten der bereits stattfindenden Verarmung oder Auswanderung eines steigenden Teils der Bevölkerung nichts entgegenzusetzen versucht;
- betrachtet es als fahrlässig, dass der fundierte Bericht der ExpertInnen des LISER im Sommer über die Wohnungskrise, in dem eine Hauptursache der Überteuerung im Zurückhalten von Bauland von einigen wenigen Großgrundbesitzern liegt, bei den politisch Verantwortlichen kaum Beachtung findet;
- fordert einen gesetzlichen Mietendeckel;
- beschließt, die im Sommer lancierte Kampagne (#brauchengwunneng) zur Wohnungsfrage mit 2 Broschüren, Flugblättern, Plakaten und Ständen in den Ortszentren zu intensivieren.

4. <u>Gesundheit</u>

Der Kongress

- fordert die Fortführung der Covid-Impfkampagne; die Impfung muss den Schutz der Menschen zum Ziel haben und auf medizinischer Evidenz, viel Überzeugungsarbeit und Freiwilligkeit beruhen;
- fordert eine breitere und verbesserte Betreuung der psychologischen Folgen der Covid-Pandemie, gerade auch bei Kindern und Jugendlichen;
- stellt fest, dass die derzeitige Lage die Notwendigkeit guter öffentlicher Krankenhäuser nachhaltig bewiesen hat und die Entwicklung hin zur Auslagerung und

Privatisierung von medizinischen Akten in Privatpraxen und -unternehmen sich deutlich als falsch erwiesen hat;

- tritt für eine weltweite Teilung der Covid-Impfdosen und die Aufhebung von Impfpatenten ein, da ärmere Länder oft über ungenügende Mittel zur Bekämpfung dieser (und anderer) Pandemie(n) verfügen und globale Solidarität auch globale Unterstützung beim Schutz der eigenen Bevölkerung und im Kampf gegen die weltweite Zirkulation und Mutation von Krankheitserregern bedeutet;
- fordert eine weltweite Regulierung und weitgehende Vergemeinschaftlichung der Pharmaindustrie, auch im Hinblick auf eine Umgestaltung der medizinischen Forschung und Produktion vom Profitmotiv weg und hin zu Wohl und Gesundheit der Gesellschaft und eines jeden einzelnen;
- fordert eine neue Dynamik in der Planung des öffentlichen Südkrankenhauses, die durch falsche Orientierungen in Verzug geraten ist, und eine Verbindung mit dem Ausbau der medizinischen Studien und Forschung an der UNI-Lëtzebuerg;
- beauftragt die Arbeitsgruppe „Santé" von déi Lénk, ein programmatisches Konzept eines performativen und universellen Gesundheitssystems zu entwickeln, das besonders folgende Aspekte in Betracht zieht:
    - Gesundheitspersonal: Ausbildung, Einstellung und Arbeitsbedingungen;
    - Aufbau, Führung und Finanzierung des Krankenhaussektors;
    - Ausbau und Förderung einer öffentlichen Präventivmedizin;
    - Ausbau und Förderung des Angebotes im Bereich der „santé mentale";
    - Gesundheit für alle;
    - Systeme zur Finanzierung und Organisation der Sozialversicherung.

5. <u>Soziales</u>

Der Kongress

- fordert sofortige Maßnahmen zur Bekämpfung des steigenden Armutsrisikos in Luxemburg, das demnächst 20% der Bevölkerung betreffen wird, sowie der steigenden sozialen Ungleichheiten, gerade auch im Hinblick auf deren Verschlimmerung in Folge der Pandemie und der seit Jahren explodierenden Wohnkosten;
- verweist, wie auch Forderungen in der tagespolitischen Resolution des 17. Kongresses und zahlreiche Stellungnahmen von déi Lénk im abgelaufenen Jahr, darauf, dass die soziale Frage die zentrale politische Frage unserer Zeit ist, ohne welche auch andere wesentliche Fragen, wie die der Ökologie und der Demokratie, nicht zu lösen sein werden;
- ist überzeugt, dass der Kampf gegen die ökologischen Krisen nur auf der Grundlage einer starken und breiten demokratischen Mitbestimmung und Beteiligung und einem Abbau der sozialen Ungleichheiten zu gewinnen ist;
- fordert demzufolge die sofortige Erhöhung des Mindestlohns um 300€, die Anpassung des REVIS an die Armutsgrenze, sowie die Erhöhung aller Familienzulagen um 22% und deren Indexierung;

6. Wirtschaft

Der Kongress

- stellt fest, dass die vielbesungene Besinnung auf den Stopp der industriellen Auslagerungen, der Globalisierung der Wertschöpfungskette, des Abbaus von lokalen und regionalen Produktionen und der übermäßigen Konzentrierung auf eine monolithische Finanzproduktion nur leere Worte waren, und dass das enttäuschende Regierungshandeln anlässlich der Krise bei Liberty Steel Düdelingen und beim Stopp der materiellen Produktion bei Paul Würth eher auf eine Verstärkung dieser Fehlentwicklungen hindeuten;
- fordert den Erhalt der Produktion in Düdelingen durch eine staatliche Kapitalübernahme und eine sinnvolle Synergie mit den Werken in Lüttich;
- fordert, dass sich der Staat aktiv für den Erhalt von handwerklichem und wirtschaftlichem Know-How im Land einsetzt;
- fordert, dass die Ankurbelung lokaler und regionaler Produktionen und die Diversifizierung der Wirtschaft aktiv in Angriff genommen werden, so dass beispielsweise der Export von Holz als Rohmaterial, was zu Engpässen in der Bauindustrie geführt hat, durch Verarbeitung in lokalen Sägewerken ersetzt wird;
- fordert die progressive Umstellung der Landwirtschaft auf biologische Nahrungsmittel und eine gesteigerte Produktion von Obst und Gemüse, die z.Z. nur 2% des lokalen Verbrauchs ausmacht;
- mahnt eine Umstellung auf eine wirtschaftliche, nicht konkurrierende Kooperation mit den Nachbarregionen an, die durch den überreizten Arbeitsmarkt in Luxemburg zu gewerblichen Wüsten wurden;
- erinnert an die Forderung nach einer substantiellen, progressiven Herabsetzung der Arbeitszeit ohne Lohnverluste, im Sinne einer Umverteilung und einer Entschleunigung.

7. Steuern

Der Kongress

- fordert eine Solidaritätsteuer („Corona-Steuer“) auf Kapital- und Eigentumsgewinnen während der Pandemiejahre zur Finanzierung der Kosten der Pandemiebekämpfung;
- fordert die Regierung auf, die allgemeine Steuerreform nicht zu vertagen und fordert, in Anbetracht der Tiefe der verschiedenen aktuellen Krisen und ihrer notwendigen sozial-ökologischen Überwindung, die hierzu erforderlichen gewaltigen Finanzmittel dort aufzutreiben wo sie sich befinden;
- ist sich bewusst, dass dies nur in der offenen Auseinandersetzung mit den großen Kapital- und Vermögensbesitzern und ihren Machtverhältnissen gehen kann und ist bereit dazu, den Kampf aufzunehmen.